



Sommersession des Nationalrates:

Investition, auch fürs Baselbiet

Thürnen, 26. Juni 2019

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Die Sommersession war dicht beladen - die Milliarden teuren Investitionen in die Bahn- und Strasseninfrastruktur sind gut angelegt und dienen den nachfolgenden Generationen – auch im Baselbiet. Aber auch das Beschaffungswesen des Bundes, die Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung, der Wohlfahrtsfonds und die Konzern-Verantwortungs-Initiative wurden heftig debattiert. Natürlich waren auch der Frauenstreiktag und der Wahlkampf ein Thema – denn dieser steht ja bereits vor der Türe und besonders beim Ständeratssitz zählt jede Stimme!

«Heimatschutz» bei öffentlichen Aufträgen (17.019)

Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen verlangen KMU gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz gleich lange Spiesse. Ein derartiger «Heimatschutz» und eine Besserstellung der KMU in der Schweiz verstösst aber gegen die Regeln der Welthandelsorganisation WTO und führt zu einer massiven zusätzlichen Bürokratie. Die Totalrevision des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen kam mit diesen Themen in die Einigungskonferenz: Der «Heimatschutz-Artikel» bleibt im Gesetz, jedoch unter Vorbehalt einer WTO-konformen Umsetzung.

Straflose Selbstanzeige für Steuersünder – ein sinnvolles Instrument (18.414)

Wenn sich natürliche oder juristische Personen wegen Steuerhinterziehung selbst anzeigen, verzichtet der Fiskus seit 2010 auf eine strafrechtliche Verfolgung. Nachsteuern inklusive Verzugszinsen sind allerdings zu bezahlen. Die Zahl dieser straflosen Selbstanzeigen bewegt sich seither auf demselben Niveau wie die Anzahl der Hinterziehungsverfahren. Das bedeutet, dass die Kantone ohne die Selbstanzeigen eine ganze Anzahl Steuerdelikte nicht aufdecken würden.

Eine parlamentarische Initiative verlangte, die straflose Selbstanzeige abzuschaffen. Das haben wir abgelehnt. Für Steuerpflichtige, die ihr Vermögen nur in der Schweiz haben, dient das Verfahren weiterhin. Bund, Kantone und Gemeinden gewinnen so Steuersubstrat zurück, das ansonsten verloren wäre.

Eisenbahninfrastruktur wird ausgebaut (18.078)

Für den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur legte die Landesregierung dem Parlament ein Paket über gut elf Milliarden Franken vor. Während der Vernehmlassung wurden weitere Projekte in

den Ausbaus Schritt 2035 vorgenommen. Schon der Ständerat stockte den Kredit einstimmig um fast eine Milliarde Franken auf. Die Verkehrskommission des Nationalrates unterstützte in ihren Beratungen aber nicht nur die Forderungen des Ständerates, sie fügte noch zwei weitere Projekte im Umfang von 200 Millionen Franken hinzu.

Die gute Nachricht für die Nordwestschweiz: Das Herzstück in Basel, die Verbindung des Bahnhofs SBB mit dem Badischen Bahnhof, geht nun definitiv in die Planungsphase. Auch der Ausbau der Strecke durch den Jura zwischen Basel und Genf wird kommen. Diese beiden Projekte, insbesondere die Entlastung des Bahnhofs SBB, werden sich positiv auf die Verbindungen in der ganzen Region auswirken.

Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehr erhalten zusätzliche Mittel (18.065 & 18.066)

Die Berechnungen des Bundes werden bis 2040 permanent rund ein Fünftel der Autobahnen chronisch überlastet sein. Rasches Handeln tut deshalb Not. Soll die Wirtschaft nicht nachhaltig Schaden nehmen, müssen die Engpässe so rasch als möglich beseitigt werden. Auch bei den Nationalstrassen zeigte sich das Parlament hier handlungsbereit: Fast 14 Milliarden fließen in den Ausbau und den Unterhalt der Autobahnen.

Leider wurde der Muggenbergtunnel aus dem Paket genommen und fand keine Zustimmung. Aber immerhin setzte die Debatte um die Entlastung des Knotens Angenstein ein klares Zeichen an den Kanton Basel-Landschaft. Dieser muss nun mit der Planung vorwärts machen, damit der Muggenbergtunnel in den nächsten Ausbaus Schritt mit aufgenommen wird.

Verantwortungsvolle Unternehmen (17.060)

Mit der Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen» sollen in der Schweiz ansässige Unternehmen verpflichtet werden, regelmässig die Auswirkungen der Aktivitäten ihrer Zulieferer im Ausland auf Menschen und Umwelt zu überprüfen. Davon betroffen wären auch kleine und mittlere Unternehmen, die dies aufgrund des Aufwandes unmöglich können.

Für die Schweiz als Wirtschaftsstandort wäre die Annahme einer solchen einseitigen Initiative ein schlechtes Zeichen – vor allem auch, weil sie die Produzenten aus der Pflicht nimmt und die Verantwortung verwässert und verschiebt. Obwohl der Nationalrat dem Gegenvorschlag zustimmte und wir unterlagen, ist noch nicht das letzte Wort gesprochen, denn das Geschäft geht nun zurück in den Ständerat.

Leistungen der Wohlfahrtsfonds erweitern (19.456)

Oftmals kommt ein Sozialplan mit Überbrückungsrenten oder Frühpensionierungen nur dank firmeneigenen Wohlfahrtsfonds zustande. Durch ihre Leistungen entlasten damit Unternehmen die staatlichen Sozialwerke bei Not- und Härtefällen von Arbeitnehmenden und Rentnern. In meiner Aufgabe als Präsidentin des Vereins «Patronfonds» habe ich das Anliegen aufgenommen: Leistungen sollen auch erbracht werden, die der Prävention vor den Folgen von

Krankheit, Unfall oder Invalidität dienen – im Sinn der bedürftigen Arbeitnehmer. Nun werden sich die Räte mit diesem Anliegen auseinandersetzen.

Bundesamt untergräbt Gemeindeautonomie (19.3538)

Das Bundesamt für Raumplanung (ARE) kritisiert unseren kantonalen Richtplan. Rund 30 Gemeinden, vorwiegend im Oberbaselbiet, sollen, so behauptet das ARE, zu viel Bauland eingezont haben. Um die Zersiedelung zu stoppen, gehe es nicht ohne Rückzonungen. Man stelle sich vor, was das bedeutet. Die Gemeinden müssten die entstehenden Verluste den Landeigentümern bezahlen – auf Kosten der Steuerzahler.

Bei allem Verständnis für das Bedürfnis der Verdichtung geht es nicht, dass sich ein Bundesamt auf diese Art und Weise in kantonale oder gar kommunale Angelegenheiten einmischt. Mit einer Interpellation will ich deshalb vom Bundesrat wissen, auf welche Rechtsgrundlage sich das Bundesamt für Raumplanung dabei stützt.

Kick-off für das Frauenkomitee am Frauenstreiktag

Als bürgerliche Frauen nutzten wir den 14. Juni 2019 und gründeten das überparteiliche Frauenkomitee zugunsten meiner Ständeratskandidatur. Rund 35 Frauen nahmen an diesem Tag teil. Der Anlass und der Aufmarsch waren grossartig. Es tut gut, unterstützt und getragen zu werden. Dafür danke ich allen Komiteemitgliedern ganz herzlich. Das Komitee ist auf meiner Homepage aufgeschaltet. Man kann sich ganz einfach anmelden. Es würde mich sehr freuen, auch Sie zu begrüßen!

Die Sommerferien werde ich nutzen, um Energie zu tanken. Im August geht der Wahlkampf dann in die heisse Phase und alle meine Termine sind auf meiner Homepage angegeben. Wie noch nie bin ich auf jegliche Unterstützung angewiesen, geht es doch darum, den Baselbieter Ständeratssitz nach zwölf Jahren wieder ins bürgerliche Lager zurückzuholen. Das grösste Risiko besteht meiner Ansicht nach darin, dass es schwierig wird zu mobilisieren. Bitte helfen Sie mit Freunde und Bekannte zu motivieren, wirklich wählen zu gehen. Mit ein paar Klicks unter www.danielaschneeberger.ch/mein-komitee oder www.danielaschneeberger.ch/frauenkomitee werden Sie Mitglied meines Unterstützungskomitees. Ich würde mich sehr darüber freuen.

Unterstützen Sie aber auch unsere Kandidatinnen und Kandidaten auf der Nationalratsliste Nr. 1! Damit wir am 20. Oktober einen gemeinsamen Erfolg feiern können!

Herzlich,

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch